

Martin Deeg
Maierwaldstraße 11
70499 Stuttgart

Landtag von Baden-Württemberg
Konrad-Adenauer-Straße 3
70173 Stuttgart

12. Juli 2023

Untersuchungsausschuss „*Handeln des Innenministers und des Innenministeriums im Fall des Verdachts der sexuellen Belästigung gegen den Inspekteur der Polizei Baden-Württemberg und Beurteilungs-, Beförderungs- und Stellenbesetzungsverfahren in der Polizei Baden-Württemberg (UsA IdP & Beförderungspraxis)*“

hier: **Ausweitung des Gegenstands der Untersuchungen**

Sehr geehrte Damen und Herren,

aufgrund der am 10.07.2023 im Untersuchungsausschuss bekannt gewordenen Fakten auf Grundlage von Zeugenaussagen und der Einlassungen von Mitgliedern des Untersuchungsausschusses hierzu beantrage ich die **Ausweitung des Gegenstandes der Untersuchungen durch den Untersuchungsausschuss** auf

1. den Umgang mit Vorwürfen auf Machtmissbrauch und auch nicht sexuelle Belästigungen, Persönlichkeitsrechtsverletzungen in den Landesbehörden

2. konkret die Vorwürfe der Ihnen mit Schreiben vom 15. August, 18. September 2022 und 31. Oktober 2022 bei der Geschäftsstelle des Untersuchungsausschusses von mir als (ehem.) Polizeibeamten auf Lebenszeit des Landes Baden-Württemberg zur Kenntnis gebrachten Vorgänge der strukturellen Gewalt, unrechtmäßig einbehaltener Dienstbezüge, Nötigung, Erpressung und der Verdeckung sämtlicher Vorwürfe unter Falschangaben durch Landesbehörden unter Verletzung der Fürsorgepflicht, der Wahrheitspflicht und der Alimentationspflicht und zum Schutz

von CDU-Seilschaften innerhalb der Polizeiführung insbesondere des Polizeipräsidenten und Beschuldigten Roland Eisele (CDU).

Die Begrenzung des Untersuchungsausschusses auf die mit Schreiben vom 05. Juli 2023 seitens der Geschäftsstelle des Untersuchungsausschusses mitgeteilten Untersuchungsgegenstände, insbesondere die Beschränkung auf den „Umgang mit Vorwürfen der sexuellen Belästigung“ stellt eine nicht mehr vermittelbare Benachteiligung von Beamtinnen und Beamten dar, die wie ich selbst Opfer von nicht sexuell konnotierten Machtmissbrauch sind.

Nach den Offenlegungen und den Einlassungen von Mitgliedern des Untersuchungsausschusses hierzu ist diese Begrenzung des Gegenstands der Untersuchungen des Ausschusses nicht mehr als angemessen zu vermitteln.

So berichtete und zitiert das Medium *Tagesschau* mit Datum vom 11. Juli 2023 Mitglieder des Untersuchungsausschusses u.a. wie folgt:

1. Oliver Hillenbrand, Die Grünen

*„Die jüngste Sitzung des Untersuchungsausschusses hat aus Sicht des Grünen-Obmanns Oliver Hildenbrand **besorgniserregende Missstände** bei der Beförderungspraxis bei der Polizei offengelegt. **„Das strukturelle Problem heißt Machtmissbrauch“**, sagte Hildenbrand am späten Montagabend in Stuttgart...*

*Es sei shockierend zu sehen, wie sich **„Mechanismen von Mauschelei und Klüngerlei** auswirken auf das System Polizei“. **Kaum jemand traue sich etwas dagegen zu sagen, es gebe eine **„Schweigespирale“**...***

„So wie es ist, kann es nicht bleiben.“ Die Kultur in der Polizei müsse geändert werden, so dass die Leute den Mut hätten, sich zu Wort zu melden.

2. Christiane Staab, CDU:

*„Die CDU-Obfrau Christiane Staab sagte danach, die Aussagen hätten gezeigt, dass das **System **„dysfunktional“** sei. **Das äußere sich in **„Machtmissbrauch“****. Die geltenden Auswahlkriterien seien eigenmächtig **„durch andere ergänzt worden“**. Sie sieht wie Hildenbrand großen Reformbedarf: **„Wir brauchen ein System, in dem miteinander gesprochen wird.“*****

3. Sascha Binder, SPD:

"Leute, die den Mund aufmachen, werden geächtet", bilanzierte SPD-Innenpolitiker Sascha Binder. "Das zeigt, dass in der Führung der Polizei nichts mehr richtig läuft und mit einem **System der Angst** gearbeitet wird **gegen Polizeibeamte, die einen eigenen Kopf haben.**"

4. Julia Goll, FDP:

„FDP-Obfrau Julia Goll sprach vom Einsatz **"geradezu krimineller Methoden"**. Es gehe nicht an, wie Andreas R. Personalpolitik betrieben habe. **"Das sind offensichtlich Rechtsbrüche."**

In diesem Zusammenhang wird nochmals darauf verwiesen, dass die Polizeibehörde des Landes Baden-Württemberg, vertreten durch das Polizeipräsidium Ludwigsburg sowie das Innenministerium Baden-Württemberg anhaltend strafrechtlich relevanten Prozessbetrug vor den Gerichten betreibt, um die Vorwürfe zu vertuschen und hochrangige Polizeibeamte innerhalb der CDU- Seilschaften zu decken.

Aktuell sind die Vorgänge beweisrechtlich und ergänzend vor dem Verwaltungsgericht Stuttgart anhängig, Aktenzeichen 9 K 3071/23.

Vertreten wird das Land Baden-Württemberg hier durch die Stellvertretende Leiterin Referat Recht und Datenschutz, Gabriele Piller, die Regierungsdirektorin Sarah Schirling, zuvor das Referat Recht und Datenschutz, Thomas Hornikel. Gegen Herrn Hornikel wurden bereits Anzeigen und Beschwerden erstattet, die nicht beschieden wurden.

Aufgrund offenkundigen und **strukturellen Prozessbetrugs in eigener Sache** durch Vertreter und im Auftrag der Landesbehörden sind Ermittlungen und Aufklärung von Amts wegen einzuleiten, was offenkundig beharrlich verweigert und zu verhindern versucht wird. So wurde u.a. auch gegenüber dem Petitionsausschuss des Landtages und dem Bürgerbeauftragten Volker Schindler – siehe o.g. Schriftsätze – seitens der Landesbehörden vorsätzlich falsche Auskunft erteilt, um eine Aufklärung der Vorwürfe zu verhindern.

Ich erwarte als Opfer, dass der Untersuchungsausschuss zeitnah im Sinne dieses Antrages und der vorliegenden Beweislage den Gegenstand des Untersuchungsausschusses antragsgemäß ausweitet. Das genannte Fehlverhalten der Landesbehörden, insbesondere des Innenministeriums, im Umgang mit Vorwürfen beschränkt sich erkennbar nicht auf Vorwürfe der sexuellen Belästigung.

Mit freundlichen Grüßen,

Martin Deeg